

Wohnungsmarkt – Das sagen die Parteien

	MIETPREISBREMSE	EIGENHEIM-FÖRDERUNG	WOHNUNGSBAU	BESTELLERPRINZIP	ENERGIE
CDU	Beibehalt der Mietpreisbremse Keine Verschärfung Von der Kanzlerin nicht als Unversallösung gesehen	Grunderwerbsteuer -Freibetrag für erstes Eigenheim Einführung von Baukindergeld (1.200 € je Kind und Jahr für 10 Jahre)	Vereinfachung von Neubau durch einheitliche Musterbauordnung Erhöhung der steuerlichen Abschreibungen bei Wohnungsbau von 2% auf 3% jährlich	Seit 06/2015 gilt: Wer den Makler für Mietobjekte bestellt, bezahlt ihn (in der Regel der Vermieter) Keine Erweiterung auf Verkauf/Kauf	Fortsetzen der bisherigen Förderungen Gebot der Wirtschaftlichkeit bei Bestandsimmobilien Für eine Sonderabschreibung bei energetischer Sanierung
SPD	Beibehalt der Mietpreisbremse Für Offenlegung der bisherigen Miethöhe durch Vermieter Mieter sollen zu viel gezahlte Mieten rückwirkend zurückverlangen können	Längere Laufzeiten für KfW-Programme zur Eigentumsförderung Mehr tilgungsfreie Jahre Baukindergeld für Familien mit Jahres-Haushaltseinkommen bis 70.000 €	Bundeseinheitliche Baustandarts Neue Investitionsanreize	Erweiterung auf Verkauf/Kauf	Förderung von Effizienzmaßnahmen Mieterstrommodell weiterentwickeln, Mieter sollen von regenerativ erzeugtem Strom profitieren Mieterhöhung nach Modernisierung begrenzen
GRÜNE	Erweiterung auf neu sanierte Wohnungen Aufgrund der niedrigen Zinsen Modernisierungsumlage absenken	Überlegungen zur Eigentumsförderung (Grunderwerbsteuerfreibetrag, Unterstützung beim Erwerb von Genossenschaftsanteilen) fielen beim jüngsten Parteitag durch	Keine generelle Erhöhung der Abschreibung Ggf. Förderung von besonders nachhaltigen Gebäuden Förderung von Wohnungsbauunternehmen ohne Renditeabsicht	Einführung bei Verkauf/Kauf Hierdurch Möglichkeit der Senkung der Maklerprovisionen durch Verhandlungen von Verkäufern mit Maklern	Zusammenlegung der Gesetze für Energieeinsparung und erneuerbare Wärme, Fokus auf CO2-Einsparung Verdopplung der Fördermittel des Bundes für Klimaschutz
FDP	Komplett abschaffen um private Investoren aufgrund niedriger Renditen nicht vom Bauen abzuhalten	Zu hohe Grunderwerbsteuer: Freibetrag in Höhe von 500.000 Euro beim ersten Immobilienkauf	Erhöhung der Abschreibung auf 3% Zweckbindung für Bundesländer bei der Verwendung von Bundesmitteln zur Wohnungsbauförderung	Für Verkauf/Kauf kein Thema im Parteiprogramm	Keine Aussagen bzgl. Strategie zur energetischen Sanierungen von Gebäuden
LINKE	Mietpreisbremse bundesweit, unbefristet, ohne Ausnahmen (Modernisierung, hohe bisherige Miete, Neubau)	Wohneigentum ist nichts für Bürger mit gerigen Einkommen Ggf. stärkere Förderung von Wohnungen um Mieten zu senken	Jährlicher Neubau von 250.000 dauerhaft sozial gebundenen Wohnungen durch den Staat, Verbleib beim Staat, Jahresbudget 5 Mrd. €	Einführung beim Verkauf/Kauf, Käufer tragen bereits die Hauptlast da sie bisher generell die Maklergebühren zahlen	Mehr Fördermittel des Staates mit Fokus auf Förderung von Gebäudeausstattung die regenerative Energien nutzt Sonder -Afa für energetische Sanierung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Gutachten: Immobilienpolitik 2017 – Die Wahlprogramme von CDU, FDP, SPD, B90/Die Grünen und Die Linke im Vergleich